

Rede zur Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz, 27.1.2018, Mahntafel, ehemals Stadtgesundheitsamt, Braubachstraße

Sehr geehrte Damen und Herren,  
Liebe Freundinnen und Freunde,

vielen Dank für euer Kommen am 73. Jahrestag Tag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz.

Das Konzentrationslager Auschwitz steht vor allem für die geplante, vorbereitete, von der Bevölkerung geteilte und durchgeführte Vernichtung von Juden, Roma und Sinti. Absicht war, sie vollständig und massenhaft zu töten. Ein Zivilisationsbruch und Menschheitsverbrechen, das nicht aufgearbeitet werden kann, sondern mit dem wir uns auseinandersetzen haben. Ein Verbrechen, das zum Widerstand verpflichtet und das mahnt, sich zu erinnern; allein deswegen, dass es nicht mehr geschieht.

Im Dezember 1938 ordnete Himmler die Erfassung aller Roma und Sinti im deutschen Reich an. Juden und Roma wurden ab September 1939 nach Polen deportiert und durch den Festsetzungserlass einen Monat später gezwungen, sich in ihren Wohnungen zum Transport bereit zu halten. Schon ab Mai 1940 fanden Massendeportationen statt und bereits 1942 stand fest, dass Juden, Roma und Sinti vernichtet werden sollen. Die Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 stellte den Höhepunkt der Vernichtung der Roma und Sinti in Auschwitz dar. In dieser Nacht wurden knapp 3000 Menschen vergast, nachdem sie sich drei Monate vorher organisiert und bewaffnet erfolgreich dagegen gewehrt haben.

Am 27.1.1945 wurde Auschwitz von der Roten Armee befreit. In beeindruckender Weise berichtete ein überlebender Roma: „Alles, was ich damals erlebt habe, kann ich nicht vergessen. Die Angstträume kehren immer wieder zurück, sie sind ein Teil von mir geworden, den ich nicht mehr loswerde“.

Die Vorstufe zur Vernichtung wurde durch die Erfassung aller im deutschen Reich lebenden Roma und Sinti geschaffen. Robert Ritter, Leiter der „Rassenhygienischen und bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle des Reichsgesundheitsamtes Berlin“ und seine enge Mitarbeiterin Eva Justin waren hierfür maßgeblich verantwortlich. Ihre sogenannten „rassenbiologischen“ Untersuchungen registrierten minutiös über 20.000 Roma und Sinti. Sie leisteten damit die Voraussetzung für die spätere fabrikmäßige Vernichtung.

Im Stadtgesundheitsamt Ffm. befand sich das Erbarchiv, das nunmehr im Institut für Stadtgeschichte ist. Es diente zur Erfassung und Kategorisierung von Menschen gemäß den Kriterien „Fremdrassig, Jude, Zigeuner“. Das Amt kooperierte eng mit dem Reichssicherheitshauptamt, d. h. der „Dienststelle für Zigeunerfragen“, der Frankfurter Kriminalpolizei, dem Reichsgesundheitsamt, den Meldestellen und Standesämtern. Es bereitete so die Einweisung in die Psychiatrie vor, begleitete Verfahren beim Erbgesundheitsgericht und entschied bei Zwangssterilisationen.

Bereits in den 20er Jahren wurde durch Wilhelm Leuschner, dem damaligen hessischen Innenminister, das „Gesetz zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“, das später den Nazis als Vorlage für ihre rassistische Gesetzgebung gegenüber Roma und Sinti diente, auf den Weg gebracht. Schon 1929 gab es ein Lager für Roma und Sinti in der Friedberger Landstraße. Die ambivalente Vita des Widerstandskämpfers Leuschner rückte aktuell aufgrund der fragwürdigen Verleihung der gleichnamigen Medaille an den ehemaligen Ministerpräsidenten Roland Koch, der stets für eine menschenverachtende Politik stand, in den Mittelpunkt. Stadtverwaltung, Universität, Justiz Polizei, Kirche, die Bevölkerung, die politischen Parteien und die gesamte Öffentlichkeit beteiligten sich im Nationalsozialismus an der Erfassung, Denunziation, der Inhaftierung und Deportation in die Lager. 1947 wurde Robert Ritter von Sozialdezernent Prestel als Stadtarzt und Leiter der Jugendsichtungsstelle für Gemüts- und Nervenranke und der Jugendpsychiatrie nach Frankfurt gerufen. Prestel war seit 1937 verantwortlich für die Konzentrationslager für Roma und Sinti in der Krupp- und Dieselstraße. Auch Personaldezernent Menzer stand hinter der Anstellung. Ritter starb 1951. Verfahren auf Initiative von Roma und Sinti gegen Justin blieben erfolglos. Erst Anfang der 60er Jahre wurden die Verbrechen beider aufgrund von Veröffentlichungen in Quick, Spiegel und

Stern wieder öffentlich diskutiert, Justin jedoch nicht verurteilt. Lediglich die Arbeitsstelle von Justin wurde auf den Bonameser Standplatz, wo auch Roma und Sinti lebten, verlegt. Sie erforschte dort erneut deren soziale Situation und war danach im Universitätsklinikum Ffm. tätig. Justin starb 1966 in Offenbach.

Liebe Freundinnen und Freunde, in der Nacht vom 8. auf den 9.9.2016 brannte in der Pfortenstraße 19 in Frankfurt am Main/Fechenheim ein Haus, in dem drei Roma-Familien wohnten. Über 30 Personen, darunter 13 Kinder, wurden gegen 3.00 Uhr von dem Feuer überrascht. Die Parterre-Wohnung wurde zerstört. Als sicher gilt, dass Sperrmüll vor dem Haus sich nicht selbst entzünden konnte. Auf Brandstiftung aus rassistischen Motiven haben die betroffenen Familien stets hingewiesen.

Drei Monate später wurde die Schlafstätte von Roma, die unter einer Brücke der Rosa-Luxemburg-Straße übernachteten, angezündet. Die Brandstifter wussten, dass sich Menschen während des Anschlags in der Hütte befanden, das heißt, sie nahmen deren Schaden an Leib und Leben absichtlich in Kauf.

Dem Förderverein Roma wird keine Auskunft erteilt. Auf Nachfrage der Frankfurter Rundschau, über ein Jahr nach den Anschlägen, wird mitgeteilt, dass immer noch ermittelt würde.

„Die von Politikern und Journalisten geschürte Hetze gegen die sogenannten Armutsflüchtlinge führt nicht nur zu Verelendung und verstärkter Diskriminierung von Menschen, die ohnehin an den Rand der Gesellschaft gedrängt worden sind, sie schafft auch ein Klima, das rassistische Taten bis hin zu Mordanschlägen begünstigt,“ so kennzeichnete Adam Strauss, der Vorsitzende des hessisches Landesverband der deutschen Sinti und Roma, die Anschläge.

Vor einem knappen Jahr wurde die Brache im Gutleutviertel geräumt. Die dort lebenden Roma wurden ihrer Existenzgrundlage beraubt und letztlich aus der Stadt vertrieben. Diese Vorgehensweise kennzeichnet die Einstellung der politisch Verantwortlichen gegenüber in Armut lebenden Flüchtlingen. Begleitet wurde die Räumung und einer weiteren Schlafstelle von Frauen in der Gutleutstraße von einem Presserummel der keine Diffamierung ausließ. In der Betrachtung von Roma und Sinti seitens der Mehrheit der Bevölkerung dominieren Vorurteile, Ausgrenzung und Diskriminierung. Beschimpfung, Erniedrigung, Hasstiraden, rassistische Aufrufe und Gewalt sind Allgegenwärtig in den Medien - gleich ob es der hessische Rundfunk oder die aktuelle Sendung des Dschungelcamps von RTL sind.

Verweigerung der Hilfe und Vertreibung sind Zielrichtungen politischen Handelns. So werden gegenüber obdachlosen Roma Barverwarnungen ausgesprochen und ihre geringen Einnahmen durch direkt zu zahlende Protokolle dezimiert. Armut wird seitens des OA zum Anlass genommen, den Aufenthalt zu entziehen und es wird nicht nur in Ffm. versucht, EU-Bürger mit Rückkehrverbot auszuweisen. Die überwiegende Mehrheit, gleich ob in Politik, im Amt, im Medienbereich oder auf der Straße sind sich einig in der Ablehnung von Roma und Sinti, besonders wenn sie hilfsbedürftig sind.

Die Dokumentation von Menschenrechtsorganisationen und Roma Verbänden über Pogrome, Menschenrechtsverletzungen und Marginalisierung von Roma vor allem in osteuropäischen Ländern, die eng mit dem generell erstarkten gewalttätigen Antisemitismus verbunden ist, nimmt nicht ab. Roma Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien sind elementar betroffen. Massenhafte Abschiebungen funktionieren reibungslos, alle Warnungen von NGOs und Berichte von Abgeschobenen über unmenschliche Bedingungen vor Ort werden ignoriert. Die Feststellung der sogenannten sicheren Herkunftsländer von SPD, Grünen und CDU Ende 2015 führte zum ersatzlosen Entzug des Rechts auf Asyl, einem im Kern unveräußerlichen Menschenrecht und wird gewissenlos und effektiv umgesetzt - ebenso wie die skandalösen Ausweisungen von Flüchtlingen in den Krieg nach Afghanistan. Vor einer Woche erreichte uns die letzte Meldung von Sammelabschiebungen nach Serbien und Mazedonien. Unter den 52 abgeschobenen Roma waren 36 Kinder.

„Alle europäischen Roma und Sinti sind von den Nationalsozialisten aus rassistischen Gründen – vom Kleinkind bis zum Greis – verfolgt worden. Eine halbe Million unserer Menschen sind systematisch in den 40er Jahren ermordet worden. Wie Nachkommen der Verfolgten heute zum Teil behandelt werden, ist an geschichtlicher Verantwortungslosigkeit und Ungerechtigkeit kaum zu überbieten“, stellte Adam Strauss fest. Konkret bedeutet das auch, ein Kontext zu dem KZ Jasenovac in Kroatien,

zum KZ Lety in Tschechien oder zur Deportation und Ermordung von tausenden Roma in Transnistrien wird nicht hergestellt.

Vor 18 Jahren wurde in der Braubachstraße eine Mahn- und Gedenktafel aus privaten Mitteln und nur durch massive Öffentlichkeitsarbeit der Roma-Union, des Förderverein Roma und etlicher Privatpersonen am ehemaligen Stadtgesundheitsamt angebracht. Die Tafel wurde gegen die Mehrheit im Römer, gegen Proteste aus dem Ortsbeirat und dem Institut für Stadtgeschichte durchgesetzt. Weitere Orte des Erinnerns, der Mahnung an Verantwortung an der Uni, an Schulen, am ehemaligen Polizeipräsidium, am Lager Friedberger Landstraße fehlen und es bleibt die Forderung, ein zentrales Mahnmal, eine Gedenkstätte am IG-Farben-Haus, dem jetzigen Uni-Campus-West, anzubringen.

Der heutige Tag ist für viele Roma und Sinti auch ein Tag der Freude. Der Freude über die Befreiung aus der Hölle von Auschwitz.

Im Rahmen des 100. Geburtstags des Stadtgesundheitsamtes hat der Förderverein Roma in drei Veranstaltungen auf die Verbrechen an Roma und Sinti hingewiesen und die aktuelle Situation thematisiert. Letztes Jahr wurde das Grab von Bubi Rose auf dem Hauptfriedhof gestaltet, einem Roma, der die NS-Lager überlebt hat und dessen Töchter, Ursula Rose und Maria Strauss, sich seit Jahren gegen Antiziganismus einsetzen. In diesem Jahr wird das Grab von Hans Georg Böttcher, dem Gründer der Roma-Union, der vielen noch bekannt ist, errichtet. Diese Gräber sind Gedenkstellen, erinnern und fordern die Verantwortung ein, dass sich Auschwitz nicht wiederholt.

Die Ausstellung Frankfurt-Auschwitz des Förderverein Roma steht weiter zur Ausleihe zur Verfügung. Im August 2014 wurde der Film „Roma in Frankfurt“, der sowohl die Geschichte von Verfolgung und Vernichtung als auch die gegenwärtige Situation von Roma-Flüchtlingen dokumentiert, von der Margit Horvath Stiftung erstmals gezeigt und erfreut sich seither einer regen Nachfrage. Vor zwei Jahren produzierte eine Video-Initiative aus unserem Jugendberufbildungsprojekt den Film „Die Mädchen machen einen Film“, der bereits recht erfolgreich im Gallus-Theater und anlässlich des letztjährigen Anne-Frank-Tages gezeigt wurde. Und in diesem Jahr soll auch ein Buch über das KZ-Lety in Tschechien, auf dessen Gelände immer noch eine Schweinemast ist, vom Förderverein Roma und dem Autor Markus Pape veröffentlicht werden.

Vielen Dank.

Joachim Brenner  
Förderverein Roma